

lung Seite 417) eine Ermächtigung des Finanzministers, Schuldverschreibungen über Zuckersteuervergütung im Namen des Staats auszustellen oder ausstellen zu lassen. Hieraus wird gefolgert:

„Es können daher auch die Bestimmungen der vom Beklagten angezogenen Zirkularverfügung — es ist die noch zu erwähnende, gleichzeitig mit der Verordnung vom 2. Febr. 1861 erlassene Zirkular-Verfügung des preussischen Finanzministers vom 2. Juli 1871 gemeint — lediglich als Anordnungen darüber, in welcher Weise die Zuckersteuervergütung zu gewähren sei, betrachtet werden und hiernach kann der Zweck der Urkunde vom 5. Dezember 1885 nicht dahin ausgelegt werden, daß in derselben eine Schuldverschreibung geschaffen werden solle, sondern nur dahin, daß der Exporteur von inländischem Zucker ein Legitimationspapier in die Hand bekommen sollte, welches ihn in die Möglichkeit versetzt, die für den Export zu gewährende Steuervergütung zu erheben. Die Urkunde ist nach dem Vorstehenden keine Schuldverschreibung, was sich aus ihrem Inhalt ergibt. Von einer Schuldübernahme ist in der Urkunde nichts enthalten und wenn darin die Zahlstelle bezeichnet ist, durch welche dem Berechtigten das Geld übermittlelt werden soll, so wird dadurch das Wesen einer Schuldverschreibung nicht gekennzeichnet.“

Diese Ausführungen sind rechtsirrtümlich.

Zunächst ist nicht klar, in welchem Sinne die Bezeichnung des Anerkennnisses als „Legitimationspapier“ gemeint ist. Indessen nach dem Zusammenhange und aus der Gegenüberstellung der „Schuldverschreibung“ darf angenommen werden, daß nicht das sogenannte „Legitimationspapier“ im Gegensatz zum „Inhaberpapier“ hat bezeichnet werden sollen, da auch dieses „Legitimationspapier“ regelmäßig eine Schuldverschreibung ist, sondern daß gemeint ist eine Urkunde, welche lediglich zur Legitimation dienen soll, also im Gegensatz zu einem Werthpapier als diejenige Urkunde, welche einen Vermögenswerth in der That repräsentirt, daß derjenige, welcher die Schrift ordnungsmäßig erwirbt, dadurch allein schon einen Vermögenswerth erwirbt.

Vergleiche von Hahn, Kommentar zum allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuch, 2. Auflage Band 2 Seite 9. Indessen, wie der Ausdruck „Legitimationspapier“ auch gebraucht sein mag, so kann keinem der beiden Gründe beigetreten werden aus welchem dem „Anerkennniß“ die Eigenschaft einer Schuldverschreibung abgesprochen wird.

Selbst wenn mit dem Berufungsgericht anzunehmen wäre, daß die Abgabepflichtigkeit des Geschäft (Tarif Nr. 4) abhängig sei von der Berechtigung des Ausstellers der Urkunde, über welche das Geschäft geschlossen ist (Tarif Nr. 1, 2, 3) so ist die Frage nicht dahin zu stellen, ob die Steuerbehörde ermächtigt ist, über Zuckersteuervergütungsverpflichtungen des Staats „Schuldverschreibungen“ auszustellen, sondern ob sie ermächtigt ist, dieselige Urkunde auszustellen, welche den Gegenstand des als steuerpflichtig angesehenen Geschäfts bildet (§. 1 des Reichsstempelgesetzes). Die Frage, ob die Urkunde eine „Schuldverschreibung“ im Sinne des Tarifs ist, ist eine von jener Ermächtigung unabhängige Rechtsfrage.

Die Berechtigung des Provinzialsteuerdirektors zu M. aber zur Ausstellung des „Anerkennnisses“ vom 5. Dezember 1885 ist nicht zu bezweifeln.

Die gesetzliche Grundlage dieses „Anerkennnisses“ bildet die preussische Verordnung vom 2. Juli 1861 (Gesetzsammlung Seite 417), welche zur Ausführung der von den Regierungen der zum Zollverein gehörigen Staaten am 25. April 1861 abgeschlossenen Uebereinkunft wegen Vergütung der Steuer für ausgeführten Rübenzucker (Gesetzsammlung Seite 420) ergangen ist. Der §. 5 dieser Verordnung beauftragt den preussischen Finanzminister mit der Ausführung derselben. Demzufolge enthielt die Bekanntmachung des Finanzministers vom 2. Juli 1861 (Centralblatt für Abgaben, Gewerbe- und Handelsgesetzgebung,

Jahrgang 1861 Seite 232) die näheren Anordnungen über die dem Exporteur zu gewährende Vergütung. Das spätere Bundesgesetz vom 26. Juni 1869 (Bundes-Gesetzblatt Seite 282) und die zur Ausführung dieses Gesetzes von dem Ausschusse des Bundesraths des Zollvereins für Zoll- und Steuerwesen erlassene Anweisung vom 26. Juni 1869 (Centralblatt von 1869 Seite 385, 386) hat an diesen Vorschriften nichts geändert.

Vergleiche die Bekanntmachung des preussischen Finanzministers vom 23. August 1869 (Centralblatt S. 395). Das jetzt geltende Reichsgesetz, die Besteuerung des Zuckers betreffend, vom 1. Juni 1886 (Reichs-Gesetzblatt Seite 181) und die dazu von dem Bundesrath erlassenen Ausführungsbestimmungen vom 17. Juli 1886 (Centralblatt für das deutsche Reich Seite 235) sowie die von dem preussischen Finanzminister erlassene Circularverfügung vom 18. Juli 1886 (Centralblatt der Abgaben- u. Gesetzgebung und Verwaltung Seite 140) kommen nicht in Betracht. Es sind auch in diesen neuesten Bestimmungen in Betreff der Steuervergütungen die früheren Vorschriften wesentlich beibehalten und auch das „Anerkennniß“ („Steuervergütungsschein“) ist im Wesentlichen dasselbe geblieben (Centralblatt für das Deutsche Reich Seite 247). (Fortsetzung folgt.)

Reichsger.-Ort. vom 5. Mai 1887.

Brausteuerverfraudation; Zusammenfassung mehrerer Fälle als **eine** fortgesetzte Defraudation.

Brausteuergesetz vom 31. Mai 1872, §§. 30, 37.

In der Strafsache wider den Brauereibesitzer und Wirth B. zu S. wegen Brausteuerverfraudation hat das Reichsgericht, Erster Strafsenat, am 5. Mai 1887

für Recht erkannt,

daß auf die Revision des Angeklagten das Urtheil der Strafkammer des R. pr. Landgerichts zu A. vom 28. Dezember 1886, insoweit es den Angeklagten wegen Brausteuerverfraudation verurtheilt, nebst den demselben insoweit zu Grunde liegenden tatsächlichen Feststellungen aufzuheben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das genannte Gericht zurückzuverweisen.

Gründe.

Der Angeklagte hat die Revision nur insoweit ergriffen, als er wegen Brausteuerverfraudation verurtheilt worden ist. Das Urtheil nimmt als erwiesen an, daß sich derselbe dieser Defraudation in 406 real konkurrirenden Fällen schuldig gemacht habe, und es sind die gegen dasselbe vorgebrachten Prozeßbeschwerden für verfehlt, die materiellen Beschwerden hingegen für begründet zu halten. — — — — —

Die — — — erhobene Beschwerde, es sei eine rechtsirrigte Auffassung des Urtheils, daß die Defraudationen real konkurrierten, erscheint — — zutreffend. Denn die in dem Urtheil ausgesprochene Meinung, der §. 37 Absatz 2 des Brausteuergesetzes vom 31. Mai 1872 scheide die Defraudationen von der bezüglich der bloßen Kontraventionen betroffenen Vorschrift aus und gebe hiermit zu erkennen, daß eine Zusammenfassung mehrerer Defraudationen zu einer That unstatthaft sein solle, kann nicht gebilligt werden. Vielmehr bedeutet die betreffende Vorschrift, mehrere Zuwiderhandlungen, welche nicht Defraudationen seien, sollten ohne Weiteres, auch ohne daß also die strafrechtlichen Voraussetzungen für dieselbe vorlägen, nur mit einer einmaligen Ordnungsstrafe belegt werden, und hieraus folgt keineswegs, daß die Defraudationen auch dann eine Einheitsbildung nicht zuließen, wenn sogar die strafrechtlichen Voraussetzungen für dieselben vorlägen. Es ist aber auch nicht richtig, daß diese Einheitsbildung aus mehreren Defraudationen darum mit Nothwendigkeit ausgeschlossen sei, weil jede einzelne Steuerhinterziehung einen besonderen Entschluß und eine denselben ins Werk setzende selbstständige, von den anderen Fällen nicht abhängige, und zeitlich getrennte Handlung verlange, und es sind vielmehr die